

Liebe Mitglieder und Freunde des Bundes Freiheit der Wissenschaft,

einer Umfrage zufolge scheint der Bildungsstand der Gesamtbevölkerung einen hohen Sättigungsgrad erreicht zu haben. Demnach wollen die meisten Eltern gar nicht mehr, daß es den Kindern besser geht als ihnen selbst, sie wären zufrieden, wenn die Kinder ihren Status erreichten. Das heißt, daß das Bildungs- und Wohlstandsaufkommen der Gesellschaft überwiegend als zufriedenstellend angesehen wird, was sich als empirisches Merkmal einer insgesamt gelungenen Bildungspolitik bezeichnen läßt.

Wenn das so ist, dann ist dies auch dem traditionellen Bildungssystem zuzuschreiben, das durch sein differenziertes Schulangebot dieses achtbare Ergebnis zur Folge hat.

Deshalb sollte man bei allem Besserungsbedarf in einigen Punkten an wesentlichen Eigenschaften des differenzierten und profilierten Schulsystems festhalten, damit dessen Erfolge nicht verspielt werden.

Dazu gehört der Faktor homogener Lerngruppen, der eine ökonomische Förderung aller Einzelnen in der Gruppe unterstützt (Klassenprinzip). Dazu gehört der Faktor transparenter Schullaufbahnen, der über Erziehungs- und Unterrichtsziele sowie Schulabschlüsse und Berechtigungen verbindlich aufklärt (Berechtigungswesen). Dazu gehört ein Orientierungsrahmen, an dem Eltern, Lehrer und Schüler den jeweiligen Ausbildungsstand der Schüler und Heranwachsenden feststellen können, um daraus Weiterbildungs- und Aufstiegschancen ablesen und wahrnehmen zu können (Zeugniskultur).

Diese drei Faktoren sind wichtige Merkmale eines Schulwesens, das die Mitwirkungsrechte engagierter Eltern und mündiger Bürger ernstnimmt und ihnen eine Grundlage gibt.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft unterstützt daher eine bundesweite Initiative zum Erhalt eines differenzierten Schulwesens, die inzwischen über 30 Mitgliedsverbände hat.

Wir wissen nicht, wie die Schul- und Wissenschaftspolitik sich in der Regierungszeit einer großen Koalition entwickeln wird. Wachsamkeit ist geboten, da die Befürworter einer Einheitsschule in immer neuen Ansätzen versuchen,

Terrain zu gewinnen, so zum Beispiel mit dem Start von sogenannten Primusschulen in NRW (s. Information S. 6).

Deshalb ist es gut, daß ein Arbeitskreis des BFW unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Reiner Schmitz ein Manifest zum Thema „Schule“ vorbereitet, dessen Fertigstellung spätestens im kommenden Frühjahr erwartet werden darf. Für diesen Zeitraum ist zudem eine Tagung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Lehrerverband geplant.

Im abgelaufenen Jahr gelang uns eine erfolgreiche Kontaktaufnahme mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Auf unserer Website haben wir zeitnah darüber berichtet (s. Kurzfassung des Berichts S. 4).

Es war uns auch ein Anliegen, die Kontakte zu den anderen bildungspolitischen Organisationen und Zusammenschlüssen, mit denen wir uns seit Jahren austauschen, zu festigen.

Mit der im August erfolgten Herausgabe der Vorträge des 38. Bildungspolitischen Forums zum Thema „Bildung durch Wissenschaft – wie ist das zu verstehen? Die Idee der Universität in ihrer Geschichte“ hoffen wir, Ihnen eine gelungene Abrundung und Fixierung der anspruchsvollen Tagung aus dem Herbst 2012 in Köln vorgelegt zu haben.

Wir wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2014.

Auch in diesem neuen Jahr wollen wir uns mit Kritik und Anregungen an der bildungspolitischen Debatte beteiligen. Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Winfried Holzapfel ■



Aus dem Inhalt

Die Universität als „Zone der Wahrheit“	S. 2
Gefährdungen der Wissenschaft –	
Die Bedeutung von Geschichte	S. 2
Niederlage für Sprachdespoten	S. 3
Über Schule und Schulpolitik	S. 4
BFW-Arbeitskreis Schule	S. 4
In memoriam	S. 6

Die Universität als „Zone der Wahrheit“

Sobald man aber „Akademie“ sagt, ist natürlich nicht mehr von Platon allein die Rede. Vielmehr ist damit das Paradigma genannt, von dem bis auf den heutigen Tag alles Akademische in der Welt, zu Recht oder Unrecht, den Namen hat. Sosehr sich, selbstverständlich, unsere Universitäten und Hochschulen von der antiken Ur-Akademie unterscheiden – dennoch besagt der Begriff „akademisch“ etwas über die Zeiten hin Identisches und Gemeinsames, etwas sehr wohl Präzisierbares auch: daß da nämlich, inmitten der Gesellschaft, eine „Zone der Wahrheit“ eigens freigehalten sei, ein Hegungsraum der unabhängigen Befassung mit Wirklichkeit, in welchem ungehindert gefragt, erörtert und ausgesprochen wird, wie die Wahrheit der Dinge sich verhält; ein gegen jede denkbare Indienstnahme durch Zwecksetzungen ausdrücklich abgeschirmter Bereich, in dem alle außersächlichen Interessen schweigen, seien sie kollektiv oder privat, politisch oder ökonomisch oder ideologisch. – Es ist uns inzwischen drastisch genug zu Sinn gebracht worden, was es besagt, ob es in einem Staat eine solche Freistatt gibt oder nicht. Und daß hiermit tatsächlich Freiheit realisiert ist, ist nicht schon die ganze, aber ein lebenswichtiges unentbehrliches Stück Freiheit; daß äußere Beschränkung und Einmauerung zwar unerträglich sind, daß es aber für den geistig existierenden Menschen noch trostloser ist, nicht sagen und mitteilen, das heißt *öffentlich* aussprechen zu können, wie nach eigener bester Überzeugung die Dinge wirklich sind – über all das braucht man, denke ich, kein weiteres Wort zu verlieren.

Doch bedarf jener Freiheitsraum nicht allein der Garantie von außen her, von seiten also der damit sich selber Grenzen setzenden politischen Gewalt. Vielmehr ist er darauf angewiesen, daß die Freiheit auch von innen her sowohl konstituiert wie auch *verteidigt* werde – verteidigt gegen die gleichfalls nicht „draußen“, sondern bestürzenderweise „drinnen“, im Vollzug des geistigen Lebens selber, sich erhebende Bedrohung, von der wir gesprochen haben. Genau hier liegt, so scheint mir, die durch nichts sonst zu ersetzende „Leistung“ der Universität für das *bonum commune* – der Universität als einer strikten Sinnes akademischen Einrichtung. Die Leistung besteht vor allem darin, durch den Geist der Institution selbst jene völlige Offenheit hervorzurufen, zu begünstigen, zu ermutigen, die nichts anderes will, als daß die ganze, freilich nie restlos zu ergründen-

de Wirklichkeit unverstellt nicht nur zu Gesicht, sondern auch zur Sprache komme – in jener unbeendlichen, über alle Disziplinen hin geführten, keinem Argument und keinem Partner sich verschließenden Disputation, die das Leben der Universität eigentlich ausmacht. Weil aber „akademisch“ soviel heißt wie „antisophistisch“, darum bedeutet dies zugleich, sich zur Wehr zu setzen gegen alles, was die reine Offenheit des Realitätsbezuges und den Mitteilungscharakter des Wortes antastet oder zerstört – zum Beispiel gegen die parteiische Vereinfachung; gegen ideologische Erhitzung; gegen jede blinde Affektivität; aber auch gegen die Verführung durch das bloß gut Gesagte und die formalistische Spielerei; gegen die willkürliche, das heißt dem Dialog sich verweigernde Terminologie; gegen die persönliche Herabsetzung als Stilmittel (je geistreicher desto schlimmer); gegen die Sprache der verschleiernnden Beschwichtigung wie gegen die Sprache der Revolte; gegen den prinzipiellen Konformismus, aber nicht minder gegen den prinzipiellen Non-Konformismus – und so fort.

„Normsetzendes Modell“

Keines dieser Erfordernisse, das ist klar, läßt sich leichthin in den Aggregatzustand von „Maßnahmen“ übersetzen. Der Ungreifbarkeit der Bedrohung entspricht die Nicht-Organisierbarkeit des Widerstandes. Dennoch, es handelt sich um ein *politicum* ersten Ranges. Es handelt sich darum, daß unsere Hohen Schulen als normsetzendes Modell *das* verwirklichen, wovon das politische Gemeinwesen insgesamt im Grunde lebt: die freie mitmenschliche Kommunikation in bezug auf die wahre Realität, der Welt wie auch unser selbst.

(Josef Pieper in: *Lesebuch, München 1981, Kap. 45, Die Verteidigung der Freiheit, S. 144 ff.*) ■

Gefährdungen der Wissenschaft – Die Bedeutung von Geschichte

Anläßlich der Verleihung des Braunschweiger Geschichtspreises fand Professor Dr. h.c. Gerd Biegel in seiner Laudatio auf den Preisträger, Christopher Clark, deutliche Worte zur Gefährdung der Wissenschaft in heutiger Zeit und plädierte in diesem Zusammenhang für eine Stärkung des historischen Bewußtseins der Menschen, vor allem der Heranwachsenden. Er sagte:

„Derzeit erleben wir ... einen deutlichen Paradigmenwechsel in unserer Gesellschaft, getragen von der Mehrheit in Politik und Wirtschaft: »Geld statt Geist« heißt die aktu-

elle Priorität und dabei kann kritisches Bewußtsein - durch historisches Erinnern gefördert - nur störend wirken. In Deutschland und Europa werden zunehmend Kultur und Bildung in ihrer Bedeutung oder Zukunftsfähigkeit meist nur noch an ökonomischer Nützlichkeit gemessen. Anwendungsorientierung der Forschung und ökonomische Verwertbarkeit stehen in der Wissenschaftspolitik im Vordergrund. Die Wissenschaft soll zum Zulieferbetrieb der Industrie degenerieren, und was nicht in die Produktion fließen kann, wird als nutzloses Wissen verächtlich gemacht. Kultur und Geschichte verkommen zu einem bloßen Wirtschaftsfaktor oder Unterhaltungsmarketinginstrument. Aber: Geschichte kann man nicht in das Prokrustesbett von Angebot und Nachfrage zwingen, will man nicht tatsächlich der Oberflächlichkeit einer eventorientierten Spaßkultur mit Erinnerungslosigkeit das Wort reden. Was Geschichte und Erinnerung sein darf und was nicht, muß daher stets sorgfältig weiter erforscht und fortschreitend neu definiert werden. Als bloßes Argument tagespolitischer Beliebigkeit taugt Geschichte ebenso wenig wie für das Entertainment einer Einschaltquotenabhängigkeit von Fernsehprofessoren. Zunehmend häufen sich auch die Klagen über den wachsenden Verlust des Wissens von und um die Geschichte. Doch sind diese Klagen nicht neu: Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler hatte schon 1991 darauf hingewiesen, daß Schüler ernsthaft fragten, ob Hitler »vor Asterix oder danach« war. Dennoch ist Wachsamkeit geboten. Die Bedeutung des Wissens um die Vergangenheit mag uns noch selbstverständlich scheinen. Einer jungen Generation, die überwiegend am ökonomischen Wettbewerb orientiert ist, bedeutet Geschichte und Vergangenheit schlichtweg nichts.

Nicht resignieren!

Wir dürfen uns aber nicht resigniert mit der Erkenntnis abfinden, daß Geschichte allmählich in der Geschichte versinkt und keine Zukunft mehr hat. Denn dazu ist kein Grund, sondern Notwendigkeit zum vermittelnden Handeln. Jacob Burckhardt hat bereits am Ende des 19. Jahrhunderts die notwendige Richtung angegeben: »Unser Ausgangspunkt ist der vom einzig verbleibenden und uns möglichen Zentrum, vom duldben, strebenden und handelnden Menschen, wie es ist und immer war und sein wird«. Dies heißt, daß es Grundlage des Menschen ist, Geschichte zu haben, auch wenn sie nicht seine einzige existenzielle Bestimmung ist. Daher gilt es, das Wichtige, Interessante oder Exemplarische in der Geschichte auszuwählen und so spannend und verständlich zu erzählen, daß die Menschen feststellen: davon sind auch wir betroffen, dies geht uns alle an!“

Information

Die Verleihung des Braunschweiger Geschichtspreises fand am 14. Oktober 2013 in Braunschweig in der Dornse des Altstadtrathauses durch die Gerd und Irmela Biegel-Stiftung für Geschichte und Geschichtsvermittlung und das Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig statt.

Den mit 3000 Euro dotierten Geschichtspreis erhielt Christopher Clark, der Autor des Buches: „Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“, das im Buchherbst dieses Jahres großes Aufsehen erregte. ■

Italien: Gerichtsurteil stoppt Sprachdespoten

Die Technische Universität Mailand (Politecnico di Milano) hatte im Jahre 2012 beschlossen, in der Lehre und den Prüfungen sämtlicher weiterführender Studiengänge und Doktorandenprogramme nur noch die englische Sprache zuzulassen. Dagegen hatten etwa 100 Dozenten und Studenten der Universität Klage eingereicht.

Das zuständige Verwaltungsgericht der Lombardei gab der Argumentation der Beschwerdeführer in sämtlichen Punkten recht und annullierte den Beschluß der Universität Mailand.

Als Begründung führt das Gericht im wesentlichen folgende Argumente an:

Aus der italienischen Verfassung sowie einer Reihe von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften ergebe sich indirekt eine Vorrangstellung der italienischen Sprache gegenüber anderen Sprachen in allen öffentlichen Einrichtungen Italiens. Daher sei es unzulässig, sie in der Lehre auszuschließen und statt ihrer eine Fremdsprache vorzuschreiben.

Eine Vorschrift zum ausschließlichen Gebrauch des Englischen in weiterführenden Studiengängen widerspreche der Freiheit des Lehrens und Lernens. Dozenten und Studenten, die Italienisch nutzen wollten, würden in andere Studiengänge abgedrängt oder könnten gezwungen sein, ihre Lern- bzw. Lehrinhalte zu ändern. Die Lehre werde entscheidend beeinträchtigt, wenn sie nicht mehr auf landessprachliche Texte zurückgreifen könne.

Eine Vorschrift, aus Gründen der Internationalisierung nur Englisch zuzulassen, sei unverhältnismäßig und laufe letztlich sogar einer Internationalisierung zuwider, weil sie den Blick auf Ideen und Werte, die sich in englischer Sprache ausdrücken, einenge und gleichzeitig die internationale Verbreitung von Erkenntnissen und Werten verhindere, die

primär der italienischen Kultur eigen seien. In Form einer Einbahnstraße sei kultureller Austausch unmöglich.

Quelle: Pressemitteilung von ADAWiS (Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache) ■

Stichwort: „3 X MEHR“

Komplexe gesellschaftliche Bereiche brauchen einen Ordnungsrahmen und sektorale Profilierung, damit man sich darin zurechtfindet.

Dies ist einer der Gründe, warum der BFW eine bundesweite Initiative unterstützt, die mit dem Slogan „3 X MEHR – MEHR Vielfalt, MEHR Bildung, MEHR Chancen“ für ein differenziertes Schulwesen wirbt.

Die Initiative, zu der inzwischen 34 bildungspolitische Verbände zählen, hatte eine erste öffentliche Veranstaltung am 7. September 2013 in München, an der auch Oberstudiendirektor i. R. Willi Eisele, Vorstandsmitglied des BFW, teilnahm. Sein Bericht steht unter dem Datum vom 11. September 2013 auf der Internetseite des BFW. ■

BFW im BMBF

Schon im Frühjahr folgte der BFW einer Einladung zu einem Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Thomas Rachel. Auslöser der Einladung war das Manifest zur Situation der Hochschulen in Deutschland, das der BFW Ende letzten Jahres verfaßt und an alle Wissenschaftsministerien der Länder sowie das BMBF versandt hatte.

Seitens des BFW nahmen die drei Vorsitzenden und als Mitglied des Arbeitskreises, der das Manifest ausgearbeitet hatte, Professor Dr. Hubert Braun teil.

Im Gespräch zeigte sich Staatssekretär Rachel über die Anliegen des BFW sehr gut informiert. Einigkeit bestand schnell darin, daß die Hochschulen den Kern des Wissenschaftslebens in Deutschland ausmachen und im Zentrum auch finanzieller Förderung stehen müßten.

Der Bologna-Prozeß zeigt, nach Auffassung von Rachel, Licht und Schatten. Veränderungen seien durchaus angebracht. Die Mitglieder des BFW machten deutlich, daß eine seriöse und unparteiische Evaluation der Entwicklungen angezeigt sei. Daß die Hochschulrektorenkonferenz durch ein von ihr bestelltes Gremium eine Überprüfung durchführt, wurde mit Interesse, aber auch mit einer gewissen Skepsis zur Kenntnis genommen, da ja gerade die HRK den Bolo-

gna-Prozeß kräftig gefördert habe. Ausführlichere Berichte finden sich unter den Daten 2. und 15. April sowie 20. Juli 2013 auf der Internetseite des BFW.

Mit Spannung erwartet der BFW nun die inhaltlichen und personellen Weichenstellungen im BMBF, die die Koalitionsgespräche über die neue Bundesregierung hervorbringen. ■

Schule

Arbeitskreis Schule

Am 19. September 2013 kam in Würzburg der vom BFW-Vorsitzenden Dr. Reiner Schmitz geleitete Arbeitskreis Schule zu einer ersten Sitzung zusammen. Die Teilnehmer werden analog dem Manifest zur Situation der Hochschulen in Deutschland, das im Jahr 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, eine Stellungnahme zur Schulpolitik in Deutschland ausarbeiten.

Sie wird die Argumente enthalten, die für die Weiterentwicklung eines differenzierten, leistungsfähigen und humanen Schulwesens ausschlaggebend sind.

Angesichts teils utopischer Vorstellungen, teils autoritärer Anmaßung bei Politikern und „Experten“ gilt es, eine stabile und realistische Ordnung des Gesamtgefüges Schule einzufordern, die für Schüler und Eltern überschaubar bleibt, den Kindern zugute kommt, gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht und den Lehrkräften ausgezeichnete Unterrichts- und Erziehungsbedingungen schafft.



Dr. Reiner Schmitz

Mitglieder im Arbeitskreis Schule, die die Stellungnahme des BFW ausarbeiten sollen, sind:

BFW-Vorsitzender Staatsrat a. D. Dr. Reiner Schmitz (Vorsitzender des Gremiums), Willi Eisele, Dr. Winfried Holzappel, Josef Kraus, Bernd Ostermeyer, Gerhard Schmid und Dr. Siegfried Uhl.

Das Ergebnis der Beratungen soll im Frühjahr 2014 vorliegen. Für diesen Zeitraum ist zudem eine Tagung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Lehrerverband geplant. ■

„Zwischen Allmachtsvision und Ohnmachtspanik“



Kraus' Buch wird zum Bestseller

Anfang September erschien im Rowohlt-Verlag das neue Buch von Josef Kraus: „Helikopter-Eltern. Schluß mit Förderwahn und Verwöhnung“. Es startete so erfolgreich, daß bereits Mitte des Erscheinungsmonats die dritte Auflage gedruckt werden mußte. Der BFW hat direkt nach Erscheinen auf seiner Website auf dieses wichtige Buch hingewiesen. Es ist in Teilen amüsant, in Teilen erschreckend zu lesen, wie Eltern versuchen, ihre Kinder in Watte zu packen, lebenslänglich zu gängeln und ihnen durch ihre beständige Fürsorge alle Verantwortung abzunehmen, womit sie aber gerade die freie und selbstbestimmte Entwicklung ihrer Persönlichkeit verhindern. Was den Erfolg des Buches ausmacht, ist aber wohl, daß wir es nicht mit einer misanthropischen Anklageschrift zu tun haben, sondern mit einer mitreißend geschriebenen Darstellung von Extremverhalten, bei der in jedem Kapitel zu spüren ist, daß der Verfasser im Grunde die Erziehungsberechtigten dazu bringen will, gelassener mit den Realitäten umzugehen und zu einer Fürsorge für ihre Kinder zu gelangen, die von Übersteigerungen und Ängsten frei ist. In besonderer Weise kommt diese Absicht im letzten Kapitel des Buches über Humor in der Erziehung zum Vorschein, der ermögli-che, die Unvollkommenheiten des Alltags zu akzeptieren und sich in ihnen zu behaupten.

Im Vorwort gibt der Verfasser selbst seine Absicht bekannt:

„Das Anliegen meines Buches ist es somit, den Eltern zu helfen, über ihr Oszillieren zwischen erzieherischer Allmachtsvision und Ohnmachtspanik, zwischen sinnvoller

Kindorientierung und unreflektierter Kindversessenheit, zwischen Dressur und Verwöhnung, zwischen natürlicher Schutzhaltung und Überbehütung, zwischen liebevoller Zuwendung und Gängelung einmal nachzudenken und sie zu mehr Bodenständigkeit, Spontaneität und Intuition in der Erziehung zu verführen. Oder ganz konkret: Eltern die Angst vor dem Erziehen zu nehmen und erkennen zu helfen, daß das richtige Maß entscheidend ist. Die Helikopter-Eltern meinen es besonders gut, das zeichnet sie aus. Aber das besonders Gute ist oft der Feind des Guten.“

Das Schlußkapitel des Buches trägt die Überschrift: „Erziehung mit Leichtigkeit und Humor“. Mit Leichtigkeit und Humor ist auch dieses Buch geschrieben. Ein Lesevergnügen und – eine Erziehungshilfe!

Winfried Holzapfel

Ein Angebot blieb ohne Antwort

Im Januar dieses Jahres schrieb Dr. Rudolf Burandt aus Leipzig einen *offenen Brief* an den Hamburger Schulsenator Ties Rabe, in dem er – als ehemaliger Fachleiter und Autor einschlägiger Bücher und Forschungsarbeiten – zur Schulentwicklung in Deutschland Stellung nahm. In seinem Brief befand er, daß wir es „seit langem mit zwei verschiedene Ebenen und Sprachen zu tun“ hätten: „Die `untere` ist die des `normalen` Lebens und Arbeitens, der Schule und des Lernens und der Sprache, die der Verständigung dient. Die `obere` ist eine Erfindung der Bildungspolitiker für die `Obrigkeit`. Sie ist gekennzeichnet durch politisch-bürokratische Abstraktionen wie `Bildungsstandards, Kompetenzen` etc., bei denen der Bürger nicht mitreden kann... Auf dieser Ebene läßt man alle Sachfragen gern im Dunkeln, unklar und umstritten, außen vor. Man interessiert sich kaum für Informationen aus den Niederungen des Schulalltags... Man möchte durch dergleichen, also durch Realitäten, nicht gebunden oder zu unbequemen oder unerwünscht scheinenden Entscheidungen gezwungen werden und sich selber das Spielfeld für die eigenen Wunschvorstellungen erhalten, ungestört durch Bürgerkritik und abgesichert durch immer neue, von vornherein unerfüllbare Versprechungen“.

Auf diese kritische Analyse folgt nach einigen Vertiefungen das Angebot des Briefschreibers, eigene Erfahrungen aus Jahrzehnten reflektierter Schulpraxis an den Schulsenator weiterzugeben. Er skizziert einen Weg, der zum Erfolg führen könnte und schreibt optimistisch: „In 5-8 Jahren müßten Sie eine Schule haben, von der man bisher nur träumen konnte und die womöglich, weil wissenschaftlich,

die finnischen Verhältnisse übertrifft im Bemühen um das 'Wohlergehen des Schülers', mit hohen Erträgen an Wissen, Können und Wollen und mit Effizienz“.

Es ist richtig: Der Briefschreiber empfiehlt sich selbst als Experten, aber nicht aus Eitelkeit, sondern aus gegebenem Anlaß: Ties Rabe hatte in einem Interview, in dem es um Ranglisten ging, um Expertenrat gebeten, um den Ursachen für die Leistungsunterschiede bei Schülern auf den Grund zu kommen.

Das Beratungsangebot aus der Praxis wurde aber komplett ignoriert. Schade, vielleicht hätte ein Gedankenaustausch doch einige vernünftige Impulse für die umstrittene Hamburger Schulpolitik gebracht! ■

Information: PRIMUS - Schule Von Klasse 1 bis 10 ohne Schulwechsel

Zum Schuljahr 2013/14 startet PRIMUS, ein neuer Schulversuch zum längeren gemeinsamen Lernen. An bis zu 15 Schulen in NRW soll erprobt werden, in welcher Weise die Arbeit der Grundschulen in die der weiterführenden Schulen einbezogen werden kann.

Erforscht werden soll außerdem, welche Auswirkungen das längere gemeinsame Lernen unter diesen besonderen Bedingungen auf das Lernverhalten, die Leistungsentwicklung und das Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler hat. Mit dem Schulversuch sollen unter wissenschaftlicher Begleitung Erkenntnisse gewonnen werden, ob Schülerinnen und Schüler durch längeres gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis 10 ohne Schulwechsel zu besseren Abschlüssen geführt werden können. Beteiligen können sich grundsätzlich alle Schulformen der Sekundarstufe I. Zum Schuljahr 2013/2014 wird die erste PRIMUS - Schule in Minden errichtet.

Quelle: Website des NRW-Schulministeriums

Der Begriff PRIMUS leitet sich von den Bestandteilen Primarstufe und Sekundarstufe ab.

„Die Kinder haben durch die längere, gemeinsame Lernzeit die Möglichkeit sich in ihrem eigenen, individuellen Tempo zu entwickeln. So wird die Angst vor einem Schulwechsel, dem Sitzenbleiben und schlechten Noten genommen. Wir hoffen daher auf starke und selbstbewußte Schülerinnen und Schüler, die ihren Weg bis zu ihrem bestmöglichen Abschluß – vielleicht bis zum Abitur erfolgreich gehen.“

(Quelle: Website der Mindener Schule) ■

Nachruf auf Hans-Eberhard Zahn

Im Alter von 85 Jahren ist Hans-Eberhard Zahn, langjähriger Ehrenvorsitzender der Sektion Berlin-Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft, am 29. August 2013 in Berlin verstorben. Er war 1928 im pommerschen Stettin geboren worden, studierte in Rostock Mathematik und Physik und wechselte dann im Jahre 1949 an die neu gegründete Freie Universität in Berlin zum Studium der Philosophie und Psychologie. Das Interesse für die Psychologie des Menschen blieb bei Zahn immer präsent, wenn er sich damit beschäftigte, wie und warum Menschen sich in opportunistischer Weise anpassen.

1953 wurde Zahn im Zusammenhang mit seinem sozialpolitischen Engagement für Familien von „Republikflüchtlingen“ vom Staatssicherheitsdienst der DDR in Ostberlin festgenommen und mehrfach verhört; bis 1960 saß er in Haft, bevor er wieder freigelassen wurde. Für die DDR-Kommunisten galt er als Spion, später dann als unverbesserlicher „kalter Krieger“ – wie jeder, der offensiv seinen Willen ausdrückte, nicht unter einer kommunistischen Diktatur leben zu wollen. Zahn wußte, wovon er sprach, wenn er gegen die Vergewaltigung der menschlichen Freiheit eintrat. Denn Zahn mußte den Kommunismus der sogenannten DDR in der Haft an eigenem Leibe erleben, sprach aber nie weinerlich von dieser Erfahrung, sondern überzeugte durch seine betonte Sachlichkeit, wenn er etwa Besuchergruppen durch die Haftanstalt der Staatssicherheit der DDR in Berlin-Hohenschönhausen führte. Dieses Spezial-Haftlager der Stasi diente Zahn als psychologisch-soziologisches Modell der DDR schlechthin. Analog zu den Häftlingen, die keine Bewegungsfreiheit besaßen, konnten auch die DDR-Bewohner nicht aus ihrem Staat hinaus und waren zur Anpassung gezwungen.

Hochschulpolitisches Engagement

Statt einer wissenschaftlichen Karriere als Psychologe, die Zahn zweifellos offengestanden hätte, stand seit den späten sechziger und den siebziger Jahren das politische und vor allem hochschulpolitische Engagement im Zentrum seines Wirkens. Die von heute aus weit in die Vergangenheit gerückten Ereignisse an den Berliner Universitäten im Gefolge der sogenannten Studentenbewegung machten damals eine geregelte wissenschaftliche Arbeit für viele Wissenschaftler sehr schwer; Vorlesungsstörungen mißliebiger Dozenten

waren nicht selten – und außerdem gab es eine starke kommunistisch beeinflusste Gruppierung in der Studentenschaft, von seiten der SED unterstützt, was in einer Stadt wie dem von einer Mauer umringten Westteil Berlins außerordentlich irritierend sein mußte. Auch nicht-orthodoxe Marxisten in Hülle und Fülle traten auf den Plan und versuchten, die Berliner Universitäten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Hans-Eberhard Zahn gehörte zu jenen, die gleichsam an vorderster Front dafür kämpften, die Universitäten vor einer solchen massiven Ideologisierung von links zu schützen. Er wirkte daher seit seiner Gründung 1970 aktiv im Bund Freiheit der Wissenschaft bzw. der Berliner Sektion des Verbandes mit, die unter dem Namen „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ vor allem in den siebziger Jahren eine beachtliche Wirkung entfaltete. Zahn gehörte auch dem Kuratorium der FU an und war führend daran beteiligt, an der FU ein zweites Institut für Psychologie zu gründen, das als Gegengewicht zu dem links-marxistisch geprägten Psychologischen Institut dienen sollte, in dem sich ein starker SEW-Einfluß geltend machte.



Hans-Eberhard Zahn am Gedenkstein im Stasi-Gefängnishof Hohenschönhausen

Zahn wurde später zum Ehrenvorsitzenden der Sektion Berlin-Brandenburg des BFW gewählt, gehörte bis 2005 dem Vorstand der Sektion an und mischte sich auch weiterhin dort politisch ein, wo er es für richtig und notwendig befand. In den Jahren seit der Wiedervereinigung war es Zahn ein Herzensanliegen, das ihm Mögliche zur politischen Bildung beizutragen, indem er, nie abstrakt, sondern immer konkret an den Lebenserfahrungen ansetzend, an der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit Deutschlands mitwirkte, nicht zuletzt im Rahmen der Verbände der Opfer des kommunistischen Regimes in der DDR.

Studie über Haftbedingungen

Seine vom Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR herausgegebene Studie *Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS* ist ein eindrucksvoller Beleg für die analytische Kraft Zahns, der sich immer der Verschränkung von rationalen und emotionalen Aspekten bei der Schilderung von Selbsterlebtem bewußt war. Zahn gelang es, in seiner unnachahmlichen Art Aufklärung über die Mechanismen der Unterdrückung zu bieten, weil er sich selbst „nicht als zentrales Problem, sondern als typisches Objekt und Ergebnis allgemeiner Herrschaftsprinzipien des Totalitarismus“ begriff, wie er einmal schrieb. Das wertvolle Heft verdient weite Verbreitung nicht zuletzt unter jungen Menschen und ihren Lehrern, um der historischen Amnesie entgegenzuwirken, die sich in bezug auf die Unrechtsherrschaft des Kommunismus nicht zuletzt aus Desinteresse breitmacht. Erfreulicherweise ist es in digitaler Form abrufbar (www.berlin.de/imperia/md/content/lstu/schriftenreihe/heft5_07.pdf). Große Verdienste erwarb sich Zahn außerdem beim Neuaufbau der Universitäten in der ehemaligen DDR, die, vor allem in Potsdam, zunächst noch sehr stark von kommunistischen Kadern durchsetzt waren.

Hans-Eberhard Zahn war mit seiner geradlinigen Art ein großes Vorbild: Menschlich zugewandt und auch mit dem politischen Gegner zum Gespräch bereit, aber stets hart und klar in der Sache – es war nicht Zahns Art, um den heißen Brei herumzureden. Das konnte ihn zu einem in mancher Hinsicht unbequemen Zeitgenossen machen. Hans-Eberhard Zahn war ein großer Repräsentant des aufrechten Ganges, der sich auch von vielfachen politisch motivierten Anfeindungen nicht in seiner freiheitlichen Grundposition irremachen ließ. Wer Hans-Eberhard Zahn in vielen Begegnungen erlebt hat, wird ihn nicht vergessen – die Erinnerung an ihn ist zugleich Ansporn, den falschen Göttern der politischen Korrektheit und allen totalitären Ideologien auch weiterhin entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen – und dabei einen klaren Kopf zu behalten.

Till Kinzel ■

Tip: „Der Duft des Westens“

Ein Animationsfilm als Bachelorarbeit an der FH Hannover. Länge 6 Minuten. Mehr dazu auf der Website der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de, dort Rubrik: „Publikationen“.

Professor Dr. Gerhard Becker verstorben

Dr. Gerhard Becker war Professor für Mathematik mit dem Schwerpunkt Elementarmathematik und Didaktik der Mathematik an der Universität Bremen.

Er verstarb am 12. August 2013 im Alter von 75 Jahren. Er hinterläßt seine Frau sowie Sohn und Tochter mit ihren Familien.

Professor Dr. Gerhard Becker war wissenschaftspolitisch viele Jahre lang für den Deutschen Hochschulverband tätig und seit der Gründung Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Besonders in den letzten Jahren beteiligte er sich als Emeritus wieder rege an den Aktivitäten des Bundes und war maßgeblich an der Abfassung des Manifests des BFW zu Situation der deutschen Hochschulen im Herbst 2012 beteiligt. Zuletzt nahm er im November 2012 am 38. Bildungspolitischen Forum des BFW in Köln teil.

Sein freundliches Wesen und seine klare Haltung in wichtigen wissenschaftspolitischen Fragen werden uns in guter Erinnerung bleiben. Seine zuverlässige Mitwirkung an den übernommenen Aufgaben bleibt uns als vorbildlich und effektiv im Gedächtnis. Gerhard Becker wird uns fehlen.

Winfried
Holzapfel ■



**Gerhard Becker zusammen
mit Dietmar Klenke (rechts)**

Impressum

Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.
Redaktion: Dr. Winfried Holzapfel

Kontakt:

Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.

Postfach 50 01 20

22701 Hamburg

Telefon (040) 600 813 56

Telefax (040) 659 147 92

e-mail: bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de

Beitrags- und Spendenkonto:

Deutsche Bank AG, Bonn

BLZ 380 700 24 / Kto. 0233858

In memoriam Bernhard Fluck



Bernhard Fluck im Gespräch mit Gerhard Schmid (rechts)

Am 27. September dieses Jahres ist unser langjähriges Mitglied, Oberstudiendirektor i. R. Bernhard Fluck, im Alter von 78 Jahren verstorben. Er hinterläßt seine Frau und zwei Töchter mit ihren Familien.

Bernhard Flucks lebenslanger Einsatz galt der Bildung und Erziehung junger, heranwachsender Menschen und einer humanen, leistungsorientierten und sozialen Bildungspolitik. Mit besonderem Engagement widmete er sich auch der Kulturpolitik in ihrer vielfältigen Ausprägung. Weitreichenden Einfluß erlangte er als Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes, den er zwölf Jahre lang leitete. Für seine Verdienste ernannte ihn der Deutsche Philologenverband zum Ehrenvorsitzenden. Bernhard Fluck wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Noch lange Zeit nach seinem aktiven Dienst beteiligte er sich an der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Wenn er eben konnte, besuchte er unsere Veranstaltungen, zuletzt das 38. Bildungspolitische Forum des BFW in Köln im Herbst 2012. Aus Überzeugung und mit Überzeugungskraft vertrat er die Anliegen des Bundes auch andernorts. Er verfaßte mehrere Beiträge für unser Verbandsorgan *freiheit der wissenschaft*, u. a. über „Die Achtundsechziger und die Folgen für die Bildungspolitik“.

Bernhard Fluck sparte nie mit gutem Rat. Darauf müssen wir nun verzichten. Eine wichtige Stimme fehlt, ein Mitstreiter und Freund, der Mut machte.

Winfried Holzapfel ■

Wir bitten freundlich diejenigen Mitglieder, die bisher übersehen haben, den Mitgliedsbeitrag für das ablaufende Jahr 2013 zu bezahlen, dies noch vor Jahresende nachzuholen. – Danke!

Internetauftritt:

www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de